



Vorbemerkung

Anlässlich der Bundestagswahlen 2009 hat der Vorstand des Deutschen Frauenrates im Juni 2009 seine Erwartungen und Forderungen an eine geschlechtergerechte Politik veröffentlicht. Diese Wahlprüfsteine wurden an die Vorstände der im Bundestag vertretenen Parteien geschickt. Von dem meisten Parteien sind inzwischen Antworten bzw. Stellungnahmen dazu eingetroffen.

In einem zweiten Schritt wurden die Wahlprogramme der Parteien entlang des Forderungskatalogs des Deutschen Frauenrates geprüft. Dabei hat sich erwartungsgemäß bestätigt, dass Geschlechtergerechtigkeit je nach Partei sehr unterschiedlich ernst genommen wird.

Die Auswertung folgt deren Reihenfolge. Vorangestellt ist eine Prüfung der verwandten Sprache und, ob es eigene Kapitel zu Frauenpolitik gibt

Diese Synopse der Wahlprogramme bietet die Möglichkeit, sich einen raschen Überblick zu verschaffen, in welcher Weise ausgewählte frauen- und geschlechterpolitische Themen von den Parteien berücksichtigt wurden. Wenn dies dazu einlädt, sich mit dem einen oder anderen Programm ausführlicher zu befassen, ist dies ein durchaus erwünschter Nebeneffekt.

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Titel	Der Grüne Neue Gesellschaftsvertrag	Wir haben die Kraft. Gemeinsam für unser Land	Die Mitte stärken	Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden	Sozial und Demokratisch. Anpacken: Für Deutschland	
Geschlechtergerechte Sprache	Weitgehend konsequent	Nur an manchen Stellen, keine Systematik erkennbar	Überwiegend nicht; Verweis, auf neutrale (männliche) Formulierungen nach der Präambel	Konsequent angewandt.	Nicht konsequent angewandt	
Frauen-/ Gleichstellungspolitik Einordnung	Eigenes Kapitel (11)	Kein eigenes Kapitel – aber Unterkapitel in Kapitel II – „Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen.“ Genderspezifische Fragestellungen an manchen Stellen aufgegriffen.	Unterkapitel in Kapitel 3 – „Mehr Bürgerfreiheit durch mehr Vertrauen, Zusammenarbeit und Toleranz“.	Kein eigenes Kapitel, aber Unterkapitel 3.6 in Kapitel 3 „Für eine gerechte zukunftsoffene Gesellschaft.“ Ansonsten genderspezifische Fragestellungen in vielen Kapiteln aufgegriffen.	Kein eigenes Kapitel, aber Unterkapitel in Kapitel 8 „Die soziale Gesellschaft im Wandel“. Ansonsten genderspezifische Fragestellung in vielen Kapiteln aufgegriffen.	

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Gleichstellungspolitik 1. GM / GB	Konsequente Anwendung ausdrücklich benannt in Kapitel 11.	Begriffe nicht erwähnt; auch nicht explizit beschrieben.	Nicht benannt und nicht umschrieben.	Begriffe nicht genannt, aber umschrieben in Kapitel 3.6.	Nicht wörtlich erwähnt, aber beschrieben in Kapitel 8 unter Gleichstellung.	WP / Gleichstellungspolitik; 1. u. 2. Spiegel- punkt
Gleichstellungspolitik 2. Koordinierte Arbeitsstruktur zur Umsetzung GM / GB	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	WP / Gleichstellungspolitik; 3. Spiegel- punkt
Gleichstellungspolitik 3. Gleichstellungsbericht	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	WP / Gleichstellungspolitik; 4. Spiegel- punkt
Gleichstellungspolitik 4. Kontrollinstanz bezüglich Umsetzung GM / GB etc.	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	Nicht vorgesehen	WP / Gleichstellungspolitik; 5. Spiegel- punkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 1. Gesetz zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots	Nein, aber auf Unterstützung klagender Frauen abzielende Verankerung eines Verbandsklagerechts im AGG und Forderung nach Überarbeitung der Eingruppierungskriterien im ÖD.	Nein, aber Aufforderung an die Wirtschaft, das Prinzip Entgeltgleichheit pragmatisch umzusetzen und Empfehlung freiwilliger Lohntests wie Logib (Schweiz).	Nein, aber Hinweis auf Lösungsmöglichkeiten wie Teilzeit auch in Führungspositionen und Mentoringprogramme	Nicht ein eigenes Gesetz, sondern im Rahmen eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft.	Nicht explizit, aber Ziel verbindlicher Regelungen und Zielvorgaben für gleiche Aufstiegschancen für Frauen.	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 1. Spiegelpunkt
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 2. Gesetzlicher Mindestlohn	Ja – 7,50€, dabei wird eigens betont, dass ein gesetzlicher Mindestlohn ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit	Nein; Lohnfindung soll nicht verstaatlicht werden. Wohl aber Kombilöhne zur Gewährleistung des Mindesteinkommens für alle.	Wird abgelehnt, weil Arbeitsplatz verdrängend. Bei zu geringen Löhnen - Unterstützung durch Bürgergeld.	Ja - in nächster Wahlperiode auf 10€ erhöhen und danach anwachsend im Maße der Steigerung der Lebenshaltungskosten.	Ja – 7,50€	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 2. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 3. Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft	Ja – betont wird, dass die Ausgestaltung der Maßnahmen nach Branchen und Betriebsgrößen flexibel handhabbar sein soll.	Nein – stattdessen Fortschreibung der freiwilligen Vereinbarung und Drängen auf deren Einhaltung und Umsetzung.	Keine Erwähnung, aber angesichts der an vielen Stellen deutlich formulierten Ablehnung gesetzlicher Regelungen vermutlich: nein.	Ja – Unternehmen sollen verpflichtet werden, so lange Maßnahmen zu ergreifen, bis mind. 50%-Quote für Frauen auf allen Qualifizierungsebenen bis hin zu Vorständen und Aufsichtsräten erreicht ist.	Nein; Gleichstellung in der Privatwirtschaft nicht explizit erwähnt, wohl aber Hinweise wie „Rechte der Betriebsräte bei der Frauenförderung stärken“.	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 3. Spiegelpunkt
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 4. Bindung der Vergabe öffentlicher Aufträge an das Kriterium „Frauen fördernde Maßnahmen“	Ja, aber nicht unbedingt: <i>„Öffentliche Aufträge sollen bevorzugt an Unternehmen vergeben werden, die Gleichstellung ernst nehmen.“</i>	Keine Aussage	Keine Aussage; vermutlich explizit dagegen, denn es heißt im Kapitel „Mittelstand stärken“: <i>„Vergabefremde Kriterien gehören abgeschafft.“</i>	Ja: <i>„Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien abhängig machen: (...) Gleichstellung von Frauen und Männern (...)“.</i>	Ja: <i>„Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (sollen) nur Betriebe zum Zuge kommen, die Frauen und Männern in der Entlohnung gleich behandeln“.</i>	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 4. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 5. Bindung staatlicher Unternehmenssubventionen an Frauen fördernde Maßnahmen	Keine Aussage, trotz eines eigenen Unterkapitels „Klare Kriterien für die Rettung von Unternehmen“ in Kapitel 1. „Anders Wirtschaften.“	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 5. Spiegelpunkt
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 6. Quotenregelung für Aufsichtsräte / 40% in spätestens fünf Jahren	Ja - 50% Frauen / ohne Zeitangabe	Nein, aber Anforderung an die Unternehmen in D, „eine höhere Repräsentanz von Frauen im Aufsichtsrat und auch im Vorstand zu gewährleisten.“	Keine Aussage	Ja – im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft (siehe Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 3.).	Ja - mindestens 40% Frauen in den Aufsichtsgremien von Unternehmen – ohne Zeitangabe.	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 6. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 7. Ausbau eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Angebots von Kindertageseinrichtungen (inkl. Erzieher/innen-ausbildung)	Ja; Rechtsanspruch ab eins; Ausbildung von Erzieher/innen Hochschulniveau; Pflicht zur Weiterbildung. U.a. Genderkompetenz als Pflichtbestandteil der Ausbildung.	Bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei bis 2013; dann Rechtsanspruch ab eins. Alternativ Betreuungsgeld. Kindergarten langfristig beitragsfrei, bei solider und nachhaltiger Finanzierung. Förderung der Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieher/innen	Keine präzise Aussage zur Weite des Angebots; Forderung nach Bildungs- und Betreuungsgutscheinen; zahlreiche Tests für Kinder; Ausbau der Kindertagesstätten zu Familienzentren. Fortbildungsoffensive für Erzieher/innen; Ziel: Hochschulausbildung.	Ja; Rechtsanspruch auf ganztägige, kostenlose Betreuung in Kitas; hohe Qualität der Einrichtungen / des Personals; Ausbau vorantreiben, um Rechtsanspruch ab eins auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern; Ausbildung Erzieher/innen: Hochschule.	Ja – im Kapitel Bildung: Betreuung ab eins / Rechtsanspruch ab 2013; bessere Qualität und Gebührenfreiheit; bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieher/innen.	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 7. Spiegelpunkt, ergänzt um Ausbildung Erzieher/innen
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik 8. Korrektur der so genannten Hartz-Gesetze hinsichtlich aller damit verbun-	Ja; umfängliche Korrekturen weil Balance „Fördern – Fordern“ nie zustande kam; Entschärfung der Zumutbarkeitsregeln; Erhöhung des erlaub-	Nicht explizit; wohl: wesentliche Erhöhung des Freibetrages beim Schonvermögen; Förderung	Keine Aussage direkt dazu, wohl: Übertragung der Aufgaben der örtl. Arbeitsagenturen und ARGen auf die Kommune;	Ja – Hartz IV abschaffen; stattdessen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung; und u.a. sofortige	Nicht explizit; wohl; Aufstockung der Arbeitsvermittler/innen, Verbesserung des „Instru-	WP / Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; 8. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
denen Nachteile für Frauen	ten Zuverdienstes Abschaffung der Anrechnung des Partner Einkommens; Grundabsicherung durch „Grüne Grundversicherung“.	marktgerechter Arbeitsplätze; Notwendigkeit der weiteren Verbesserung der BA; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren – Ermutigung zu Bildungs- und Weiterbildungsanstrengungen.	Auflösung der BA; Zuständigkeit der kommunalen Jobcenter für Betreuung Langzeitarbeitsloser inkl. sozialrechtlicher Sanktionen.	Anhebung der Regelsätze; Zumutbarkeitskriterien ändern, Umwandlung von 1-Euro-Jobs in sv-pflichtige Arbeitsverhältnisse; Bedarfsgemeinschaften abschaffen.	mentenkastens“; bedarfsgerechte Regelsätze des ALG II / regelmäßige Überprüfung und ggf. bedarfsgerechte Erhöhung; keine Anrechnung des der privaten Altersvorsorge dienenden Vermögens auf ALG II.	
Armutsbekämpfung 1. Soziale Sicherungssysteme armutsfest machen	Arbeit statt Arbeitslosigkeit: 400.000 Stellen im Sozialen Arbeitsmarkt / Kombination aus ALG II und Anteil für aktive Maßnahmen für unbefristete sv-pflichtige Beschäftigungsverhält-	Für Menschen mit „lebenslangen“ Vollzeitbeschäftigung steuerfinanzierte, bedarfsabhängige Rente oberhalb des Existenzmini-	Kindergeld anheben auf 200€ wenn der Kinderfreibetrag nicht genutzt werden kann. Einführung eines bedarfsorientierten „Bürgergeldes“ (mög-	bedarfsorientierten Kinderzuschlag und Kindergeld sofort auf 200€ erhöhen; beide zu einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung ausbauen; finan-	Verlängerung der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten für Beitragszeiten bis Ende 2010 / ggf.	WP / Armutsbekämpfung; 1. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
	<p>nisse. Stärkung von Transferleistungen und Investition in den „befähigenden Sozialstaat“. Finanzielle Förderung und Regelungen für angemessenen Wohnraum.</p>	<p>mums; bessere Berücksichtigung von Kindererziehung in der Rente; Mindesteinkommen durch Kombilohn; Neuordnung der Hinzuverdienstregelung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende; Anhebung des Kindergeldes für das dritte und jedes weitere Kind.</p>	<p>lichst vollständige Zusammenfassung steuerfinanzierter Sozialleistungen) zur Sicherung der Lebensgrundlage für Bürger ohne ausreichendes Einkommen; großzügigere Gestaltung der Freibeträge für Alleinstehende: 662€/Monat. Kürzung bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit.</p>	<p>zielle Situation von AE erleichtern, z.B. beim Unterhaltsvorschuss; gesetzlich RV zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausbauen; Bekämpfung des in Ostdeutschland besonders ausgeprägten Niedriglohnssektors;</p>	<p>Höherbewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit. Einbeziehung der Soloselbstständigen. Armutsfeste Renten nur gegeben, wenn existenzsichernde Löhne & möglichst ungebrochene Erwerbsbiografien, deshalb flächendeckende Mindestlöhne.</p>	
<p>Fortsetzung Armutsbekämpfung</p> <p>1. Soziale Sicherungssysteme armutsfest machen</p>	<p>Armutsfeste Existenzsicherung durch Grüne Grundsicherung. Solidarisch finanzierte Garantierente, steuerfinanziert; Berücksichtigung verschiedener</p>		<p>Erhöhung des Schonvermögens bei priv. Altersvorsorge; Öffnung der geförderten privaten Altersvorsorge für Kin-</p>	<p>Anhebung des Schonvermögens auf 700€ pro Lebensjahr</p> <p>Zeiten von Erwerbslosigkeit,</p>	<p>Anspruch auf geförderte svpflichtige Beschäftigung für deutlich leistungs-</p>	<p>WP / Armuts- bekämpfung; 1. Spiegelpunkt</p>

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
	Biografien durch steuerfinanzierte Aufstockung unzureichender Ansprüche auf ein den Grundbedarf deckendes Mindestniveau; später Angleichung an den Satz der ALG-II-Beziehenden;		dererziehungszeiten; Erhöhung der Einkommensgrenze bei Minijobs auf 600€-volle SV-Beiträge erst bei einem Einkommen ab 1000€.	Kinderbetreuung, auch vor 1992, Pflege und niedrigen Löhnen aufwerten; eigenständige Alterssicherung von Frauen unterstützen; Renteneintrittsalter senken; keine Rente unter 800€; Rentenungerechtigkeit zwischen Ost und West beseitigen.	geminderte Langzeitarbeitslose. Grundlegende Neuordnung des unteren Einkommensbereichs; Abstimmung von Steuern und Sozialabgaben mit staatlichen Transferleistungen zur Stärkung existenzsichernder svpflichtiger Vollzeitarbeit.	
Fortsetzung Armutsbekämpfung 1. Soziale Sicherungssysteme armutsfest machen	Anhebung der Renteneinzahlungen für Langzeitarbeitslose auf das frühere Niveau, Aufbau eigener Rentenansprüche für Männer und Frauen;				Weiterentwicklung Kinderzuschlag in Verbindung mit Wohngeld zur Förderung erwerbstätiger Eltern; Ein-	

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

	Einführung des Rentensplittings; schrittweise Reduzierung der Hinterbliebenenrente.				dämmung unsicherer Beschäftigung; bei Minijobs Begrenzung auf 15 Stunden.	
Armutsbekämpfung 2. Verbesserung der finanziellen Lage der vom SGB II betroffenen Menschen	Erhöhung der Regelsätze für Erwachsene auf 420€ Eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung, die das soziokulturelle Existenzminimum umfasst und zu versteuern ist.	Keine Aussage	Keine Aussage – s. o. Infos zur Bürgergeld	Anhebung der Regelsätze auf 500€-s.o.; Kindergeld anrechnungsfrei	Regelmäßige Überprüfung der Regelsätze ALG II und ggf. bedarfsgerechte Erhöhung (s.o.) Zielgenaue Bedarfsermittlung zur Verbesserung einer eigenständigen, bedarfsgerechten Kinderregelsätze.	WP / Armuts bekämpfung; 2. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

<p>Armutsbekämpfung</p> <p>3. Stärkung der Selbsthilferesourcen / Sicherung von Hilfs- und Beratungsstellen und Förderung der Netzwerkarbeit (inkl. Bürgerschaftliches Engagement)</p>	<p>Bürgerschaftliches Engagement: integraler Bestandteil der Gesellschaft, kein Ersatz für staatliches Engagement. B.E.= Chance für die die Einzelnen: soziale und kulturelle Teilhabe /für Gesellschaft: Engagement und Kreativität für ihre Entwicklung; Förderung der Engagierten und Anreize für noch nicht Engagierte; Sicherung der Infrastruktur.</p>	<p>Unterstützung des großen bürgerschaftlichen Engagements und des furchtbaren Wettbewerbs der Ideen und Initiativen; mehr Anerkennung des Ehrenamtes.</p>	<p>Vorhandene Potentiale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen; Umwidmung von Mitteln für den Zivildienst (nach der geforderten Aussetzung des Wehdienstes) u.a. zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements; Förderung neuer innovativer Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements, u.a. durch unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros.</p>	<p>Stärkung der Rolle von Verbänden, Vereinen u.a. in der Regionalplanung; Modellregionen des sozial-ökologischen Umbaus gestalten; Frauenselbstorganisationen unterstützen.</p>	<p>Förderung bürgerschaftlichen Engagements, aber nicht als Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen; Festigung sozialer Netzwerke vor Ort für Ältere, Alte und Menschen mit Behinderungen; Nutzung der Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktpolitik für gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben in Gemeinden.</p>	<p>WP / Armutsbekämpfung; 3. Spiegelpunkt ; mit berücksichtigt werden weitgehend die Ausführungen zum bürgerschaftlichen Engagement insgesamt.</p>
---	--	--	---	--	---	---

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Armutsbekämpfung 4. Einflussnahme Bundesregierung auf regelmäßige Sozialberichterstattung von Ländern und Kommunen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Armutsbekämpfung; 4. Spiegelpunkt
Armutsbekämpfung 5. Vorlage eines Maßnahmenkatalogs zur Armutsbekämpfung	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Armutsbekämpfung; 5. Spiegelpunkt;
Forschungs- und Technologiepolitik 1. Eigenes Kapitel	Nein; Thema wird insbesondere im Kontext neue Energiepolitik, grüne Industriepolitik aufgegriffen. In Kapitel 4 wird zudem ausgeführt, dass zu wenige akademisch gut ausgebildete Frauen als Wissenschaftlerinnen arbeiten, mit negati-	Eigenes Unterkapitel in 1.2 – In Deutschlands Zukunft investieren: „Forschung, Innovation und Entwicklung fördern“ – das aber genderfrei ist. So findet de	Kein eigenes Forschungskapitel, aber längere Ausführungen in Kapitel 4 „Mehr Chancen durch Bildung, Forschung und Innovation“ ; im Abschnitt „Politik für Frauen“ keine	Ja; Kapitel 3.3 „Wissenschaft, Forschung und Produktivität für eine Produktions- und Lebensweise von morgen“. Generell wird gefordert, dass Erkenntnisse und Technologien dem	Nein; Aspekte aufgegriffen in den Kapiteln 4 – Bildung im Unterkapitel Wissenschaftspolitik sowie im Kapitel 2 – „D als Pionier für nachhaltige	

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
	<p>ven Folgen für Qualität und Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb sei die Förderung von Forschung und Institutionen an</p>	<p>„Pakt für Forschung und Innovation“ Erwähnung, der MINT-Pakt hingegen nicht. Entsprechende Aussagen fehlen auch im Unterkapitel „Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ in Kapitel II – Chancen eröffnen – Chancengesellschaft verwirklichen“. Aber in Kapitel II.3 – Gerechte Chancen in der Bildungspolitik steht, dass im Rahmen des föderalen Bildungssystems</p>	<p>Erwähnung. Wohl aber in Kapitel 4 deutlicher Hinweis, dass das Potenzial des weiblichen Nachwuchses ausgeschöpft werden müsse. Die Basis hierfür müsse in der Schule gelegt; Mädchen müssten verstärkt für Naturwissenschaften interessiert,</p>	<p>Allgemeinwohl zu dienen und Lösungsbeiträge für gesellschaftliche Herausforderungen (Beispiel Klimawandel, soziale Ungleichheit) zu leisten hätten.</p>	<p>Energiepolitik und Mobilität“. In Kapitel 4 steht, dass mehr Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen von Frauen eingenommen werden sollen; zur Erreichung dieses Ziels sollen</p>	

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
<p>Fortsetzung: Forschungs- und Technologiepolitik</p> <p>1. Eigenes Kapitel</p>	<p>verbindliche Gleichstellungsziele zu knüpfen und müssten Genderperspektiven selbstverständlicher Bestandteil von Forschungsfragen sein. Dies wird aber dann nicht auf den Bereich Technik heruntergebrochen.</p>	<p>ein Schwerpunkt in den MINT-Fächern gesetzt und dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegen gewirkt werden soll.</p>	<p>Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen spezifisch unterstützt und Barrieren bei der Karriereplanung durch konkrete Angebote abgebaut werden. Und: um die Forscherflucht zu stoppen, müsste der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere Frauen, besser gefördert werden.</p>		<p>Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten abgeschlossen werden. Der Frauenanteil beim wissenschaftlichen Personal der Hochschulen soll bis 2020 auf 40% erhöht werden. Zur Unterstützung dient ein Professorinnenprogramm und ein Investitionsprogramm für Kitas an Hochschulen.</p>	

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Forschungs- und Technologiepolitik 2. Genderbewusste Besetzung von Entscheidungsgremien / Forschungsanträge	Keine explizite Aussage, aber – s.o. – Forderung nach Bindung der Förderung an verbindliche Gleichstellungsziele.	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine explizite Aussage; wohl aber Forderung, die Geschlechterperspektive in alle öffentlich geförderte Forschungsprojekte zu integrieren.	Keine Aussage	WP / Forschungs- und Technologiepolitik; 1. Spiegelpunkt
Forschungs- und Technologiepolitik 3. Gendersensible Expert/innen in Entscheidungsgremien / Ressourcenverteilung u. Schwerpunktsetzung / technische Bildung und Ausbildung	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage, aber siehe 2.	Keine Aussage	WP / Forschungs- und Technologiepolitik; 2. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Forschungs- und Technologiepolitik 4. Entscheidungsverfahren über technische Vorhaben für Bürger/innen nachvollziehbar	Keine explizite Aussage; die Formulierungen in der Einleitung lässt aber vermuten, dass der Grüne Neue Gesellschaftsvertrag solche durchaus implizieren würde.	Keine Aussage	Keine Aussage	Öffentliche und zivilgesellschaftliche Akteure wie Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge oder gemeinnützige Projektträger zu Auftraggebern für Forschungsleistungen machen Verhandlungen über Chancen und Risiken von Innovationen transparent und mit öffentlicher Beteiligung führen.	Keine Aussage	WP / Forschungs- und Technologiepolitik; 3. Spiegelpunkt
Forschungs- und Technologiepolitik 5. Vermittlung technischen Basiswissen etc. als integraler Bestandteil der Kultur einer entwickelten Industriegesellschaft	Weder im Abschnitt „Grüne Industriepolitik“ noch im Kapitel 4 – Bildung explizit benannt; es wird aber gefordert, dass Bildung und Forschung auf eine nachhaltige Entwicklung orientiert	Keine explizite Aussage – nur die o. e. geplante Schwerpunktsetzung in den MINT-Bereichen.	Bedingt; im Kapitel 4 findet sich eine Aussage, dass in Anbetracht des Mangels an Naturwissenschaftlern und Ingenieuren das Interesse an ei-	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Forschungs- und Technologiepolitik; 4. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

	sein soll; Wissen- schaft und Politik hät- ten Antworten auf ge- sellschaftliche, ökolo- gische und ökonomi- sche Fragen auch mit Blick auf zukünftige Generationsen zu ge- ben.		nem Studium dieser Fächer geweckt werden müsse durch Sonderprogram- me und Kooper- ationen, dass aber die Neugierde auf naturwissen- schaftliche Zu- sammenhänge bereits im früh- kindlichen Be- reich geweckt werden müsse.			
Forschungs- und Technologiepolitik 6. Bereitstellung an- gemessener Mittel für Risikofolgenab- schätzung und Förderung des öf- fentlichen Dialogs zwischen Zivilge- sellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft	Keine direkt darauf abzielende Aussage, aber Unterstützung des Open Access im Wissenschafts- bereich, also der Be- mühungen, wissen- schaftliche Literatur und wissenschaftliche Materialien für alle Nutzerinnen und Nut- zer kostenlos im Inter- net zugänglich zu ma-	Keine explizite Aussage; ein- ziger Hinweis auf mögliche Risiken im Ka- pitel „For- schung.. „ (s.o.), dass „Sicherheitsfor- schung in um- strittenen For- schungsberei- chen, insbe-	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Forschungs- und Technologie- politik; 5. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

	chen.	sondere in der grünen Gen- technik“ ge- braucht werde.				
Gesundheitspolitik 1. Gesundheits- strukturreform / Qualitätsver- besserung un- ter gender- spezifischen Aspekten	In Kapitel 3 Hinweis auf Genderspezifika bei Erkrankungen, Bewer- tung von Krankheits- erscheinungen und dem Umgang mit Krankheit und darauf, dass geschlechterge- rechte Gesundheits- und Pharmaforschung in D noch in den Kin- derschuhen steckt. Forderung nach kon- sequenter Politik auch in diesem Bereich.	Keine Aussage; Bekanntnis zu PKV; Ziel: stär- kere Nutzung der gesetzli- chen Möglich- keiten des Zu- sammenspiels von GKV und PKV; Ableh- nung einer staatlichen Einheitsversi- cherung.	Keine Aussage, Kritik an Ideen wie Bürgerversi- cherung und der Gesundheitsprä- mie; Forderung nach Stärkung des Wettbewerbs mit starken priva- ten KVen und Beitragsautono- mie für die GKVen.	Keine Aussage; Zusammenführung von GKV und Pfl- geversicherung in eine solidarische Bürgerversiche- rung, in die alle Berufsgruppen und Einkommensarten einbezogen wer- den.	Keine Aussa- ge, Im Ab- schnitt „Zu- kunft der Ge- sundheitsberu- fe“ ist aber folgender Satz zu finden: „Dem Gen- dergedanken wollen wir im Gesundheits- wesen durch geschlechter- spezifische Forschung und Versor- gung Rech- nung ver- schaffen (sic) “	WP / Gesundheits- politik; 1. Spiegelpunkt und einige gene- relle Anmerkun- gen

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Gesundheitspolitik 2. Weibliche Sachverständige in Gremien	Keine explizite Aussage, wäre aber folgerichtige Konsequenz aus dem o. e. Gedanken.	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine explizite Aussage, aber im Frauenkapitel Forderung nach Umsetzung des Bundesgremienbesetzungsgesetzes.	Keine Aussage	WP / Gesundheitspolitik; 2. Spiegelpunkt
Gesundheitspolitik 3. Ernährungslehre / Kochen als Schulfach	Generell Forderung nach Stärkung der Prävention insgesamt. Hinweis, dass Prävention ein wichtiger Bestandteil von Anfang an (Kita, Schule etc.).	Keine explizite Aussage; allerdings: Forderung nach Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung allgemein; dafür klare Regelung der Zuständigkeiten und Finanzierung nach subsidiären Prinzipien.	Forderung nach zielgruppenorientierter umfassender Aufklärung über Prävention durch gesunde Ernährung, Bewegung und Vermeidung von Risiken, besonders bei Kindern und sozial Benachteiligten ohne dass dabei die Schule erwähnt wird.	Keine explizite Aussage, aber: Gesundheitsförderung im Kinder- und Jugendalter unter Einbeziehung der Bildungseinrichtungen.	Keine Aussage	WP / Gesundheitspolitik; 3. Spiegelpunkt

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

<p>Gesundheitspolitik</p> <p>4. Bei Privatisierung darauf achten, dass Versicherte mit geringen Einkommen nicht unterversorgt werden</p>	<p>Privatisierung: kein Thema; aber Hinweis bei Prävention, dass die Bedürfnisse & Lebenslagen sozial Benachteiligter bes. zu berücksichtigen sind, weil sie von vielen der herkömmlichen Angebote nicht erreicht werden. Lösung: Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung aller Einkommen einzahlen.</p>	<p>Keine explizite Aussage, aber: Voraussetzungen schaffen für passgenaue und einzelvertragliche Regelungen, die u.a. regionalen Besonderheiten Rechnung tragen.</p>	<p>Forderung nach Solidarität mit denjenigen, die krank oder behindert sind; dafür Verpflichtung der Versicherer, die notwendige Grundversorgung ohne Risikozuschläge sicherzustellen. Wer sich keine KV leisten kann, erhält finanzielle Unterstützung aus dem Steuer-Transfer-System.</p>	<p>Keine explizite Aussage, aber: Forderungen wie Abschaffung aller Zuzahlungen und der Praxisgebühr, Effektivität und Qualität nicht der Wirtschaftlichkeit unterordnen, Rechte von Patient/innen und Pflegebedürftigen stärken.</p>	<p>Keine explizite Aussage; Bürgerversicherungen bei Gesundheit und Pflege und Ziel: keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung aller Bürger/innen in allen Regionen und Flexibilisierung des Vertragsgeschehens mit dem Ziel einer gleichmäßigen Versorgung und des Abbaus von Über- und Unterversorgung.</p>	<p>WP / Gesundheitspolitik; 4. Spiegelpunkt</p>
---	---	--	---	---	--	--

THEMA	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CDU	FDP	DIE LINKE	SPD	WAHLPRÜF- STEINE DF (WP) / ANMERKUNGEN
-------	---------------------------	-----	-----	-----------	-----	--

Gesundheitspolitik 5. Korrektur Pflegezeitgesetz / bezahlte Freistellung	Forderung einer dreimonatigen Pflegezeit mit Lohnersatzleistung; zur Finanzierung Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung.	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Bezahlte 10-tägige Freistellung für nahe Angehörige	WP / Gesundheitspolitik; 5. Spiegelpunkt
Gesundheitspolitik 6. Korrektur Pflegezeitgesetz / Ausweitung des Berechtigten kreises	Ja, auf alle, die die Pflege von Angehörigen oder Freund/innen organisieren.	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Gesundheitspolitik; 6. Spiegelpunkt
Gesundheitspolitik 7. Klare Definition ehrenamtlichen Engagements in der Pflege	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	WP / Gesundheitspolitik; 7. Spiegelpunkt